

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Dipl.-Ing. Dr. Stefan Gara (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ) und Mag. Mag. Pia Maria Wieninger (SPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Schluss mit der Blockadehaltung beim Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens

Am 8. Dezember 2022 stimmten die EU-Innenminister:innen über die Schengen-Erweiterung ab. Der Weg für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum ohne Grenzkontrollen wurde frei, doch die Schengen-Aufnahme von Bulgarien und Rumänien blockierte Österreich.

Im Alleingang beschnitt die türkis-grüne Bundesregierung damit die Freiheiten von Millionen unserer bulgarischen und rumänischen EU-Mitbürger:innen. Gerade in Zeiten eines extremen Arbeits- und Fachkräftemangels die Personenfreizügigkeit einzuschränken, statt sie durch den gemeinsamen Schengen-Raum zu unterstützen, ist populistisch, kurzfristig und äußerst verantwortungslos. Es liegt an daher an der Bundesregierung, ihre unsachliche Blockadehaltung unverzüglich zu beenden.

Österreich steht mit seinem Veto in der EU weitgehend allein da. Ein Statusbericht der Europäischen Union bestätigte die Erfüllung der Kriterien für eine Aufnahme, sowohl für Kroatien als auch für Rumänien und Bulgarien. Mehrere Erkundungsmissionen kamen zu gleichlautenden Ergebnissen. Auch das Europäische Parlament empfahl mit überwältigender Mehrheit – einschließlich der Stimmen der ÖVP-EU-Abgeordnete:n – die Aufnahme der beiden Länder. Schließlich hat der Schengen-Beitritt eines Mitgliedstaates aufgrund strenger, objektiver, rechtsstaatlicher Kriterien zu erfolgen. Schlechte Umfragewerte einer Bundesregierungspartei und der Wunsch von den eigenen Skandalen abzulenken, stellen dagegen keinen sachlichen Grund dar, einem Land den Schengen-Beitritt zu verwehren.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Inneres, auf, die Blockadehaltung gegen die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum zu beenden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

27.06.2023